

Jakob Augstein Im Zweifel links

Kämpft doch!



Viele Sozialdemokraten haben einen heimlichen Wunsch: Mitglied der CDU zu sein. Es nervt auf Dauer unheimlich, zu wissen, wie es geht, und dennoch nicht gewählt zu werden. Sigmar Gabriel sagt zwar: „Wir führen dieses Land. Alle entscheidenden Projekte dieser Regierung stammen von uns.“ Das stimmt und gilt mehr

noch für die Großstädte und die Länder, in denen die SPD Macht ausübt. Doch in Berlin, sagt Gabriel, könne es „sehr lange dauern, bis wir wieder den Kanzler stellen“.

Zwei Jahre im Voraus gibt der SPD-Chef und wahrscheinliche Kanzlerkandidat die Wahl verloren. Nicht sehr geschickt. Warum nur haben SPD-Kandidaten so oft zwei linke Hände anstatt einer glücklichen für linke Politik?

Nun will Gabriel, so hört man, die SPD in die „Mitte“ führen, an jenen Nicht-Ort der Politik, an dem alle Konturen verschwimmen. Wenn das wahr ist, muss man in Abwandlung eines alten Achternbusch-Titels sagen: Die SPD hat keine Chance – aber sie nutzt sie auch nicht. Gabriel hat ja schon im letzten Wahlkampf eine sonderbare These vertreten: „Es geht nicht darum, gegen andere zu kämpfen, sondern für ein besseres Deutschland.“ Das war zwar ganz lieb von Sigmar, bestätigte aber die alte Schulweisheit, dass gute Jungs auf die Ersatzbank kommen, böse Mädchen aber ins Kanzleramt.

Woran ist die SPD gescheitert? Nicht an ihren Themen, sondern an ihrem Kandidaten. Die Schwächen der Kanzlerin sollten die Stärken der SPD sein.

Das deutsche Steuersystem ist immer noch widersinnig und ungerecht. Die Mehrzahl der Deutschen gehört nicht zu den Couponschneidern, die davon profitieren, dass Kapitalerträge viel niedriger besteuert werden als Einkommen aus Arbeit. Die SPD sollte sich zum Ankläger einer zunehmenden Ungleichheit und Ungerechtigkeit machen, anstatt ins bürgerliche Uns-ging-es-nie-so-gut-wie-jetzt-Lied einzustimmen.

Noch einfacher lässt sich die Kanzlerin in der Europapolitik treffen. Sie spaltet die EU und schadet dem Ansehen, das sich Deutschland in Jahrzehnten erarbeitet hat. Und gegenüber den USA ist Angela Merkel von einer schwer auszuhaltenden Nachgiebigkeit, erklärbar vielleicht aus ihrer ostdeutschen Herkunft. Martin Schulz, Sozialdemokrat und Präsident des Europäischen Parlaments, hat vor Kurzem ausgesprochen, was vermutlich die Mehrzahl der Deutschen denkt: dass die Politik der USA die Europäer geradezu zwingt, „eigene politische Wege anzudenken“. Sich aus amerikanischer Abhängigkeit zu lösen, die in Deutschland viel mehr Menschen ein Dorn im Auge ist, als Politik und Medien zugeben wollen, wäre ein großes sozialdemokratisches Projekt.

Immer wird vergessen: Das Ergebnis der letzten Bundestagswahl war eine Mehrheit links der Mitte. Noch war sie zu klein und politisch zu instabil. Das zu ändern ist Gabriels eigentliche Aufgabe.

An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein und Jan Fleischhauer im Wechsel.

Parteien Grüne Jugend begehrt auf

Die Jugendorganisation der Grünen wehrt sich gegen den Kurs der Partei. „Plauschen mit der Wirtschaft – wie es bei manchen Grünen üblich ist – rettet das Klima nicht“, heißt es in einem Schreiben, das die Sprecherin der Grünen Jugend Theresa Kalmer und der Sprecher der Europäischen Grünen Jugend Michael Bloss verfasst haben. Darin fordern sie

„klare Änderungen in der Prioritätensetzung bei der grünen Wirtschaftspolitik“. Man könne nicht mit ein paar Rußfiltern mehr in den Schornsteinen oder ein paar Elektroautos auf den Straßen zufrieden sein, man müsse die Wirtschaft umbauen. Die Partei müsse „wieder den Mut haben, vorerst unpopuläre Vorschläge zu unterbreiten“, und den Energiekonzernen und umweltverschmutzenden Unternehmen „den Kampf ansagen“. bs

Ukraine Steinbrück über- denkt Engagement

Ex-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück (SPD) hält die Pläne der „Agentur für die Modernisierung der Ukraine“ für noch nicht ausgereift. Sein weiteres Engagement will er offenbar von Korrekturen abhängig machen. „Anderers als ursprünglich gedacht, hat die Ukraine kein Defizit

an Reformplänen, sondern an deren Umsetzung“, sagte Steinbrück, der mit weiteren prominenten Ex-Politikern als „Senior Adviser“ bei der von einem ukrainischen Oligarchen initiierten Agentur tätig sein soll. Zunächst war vorgesehen, binnen 200 Tagen ein umfassendes Programm für wirtschaftliche und politische Reformen des Landes zu erarbeiten. Steinbrück plant für kommende Woche einen Besuch in Kiew. Dabei will er auch klären, ob die Organisation tatsächlich auf die Unterstützung der ukrainischen Regierung zählen kann. „Die Arbeit der Agentur bedarf des Rückhalts der gewählten Führung und der politischen Kräfte, die sich für eine demokratische und moderne Ukraine einsetzen“, so Steinbrück. nik



Euro-Gruppe Dijsselbloem vor zweiter Amtszeit

Der Favorit von Bundeskanzlerin Angela Merkel für den Chefposten der Euro-Gruppe, Spaniens Wirtschaftsminister Luis de Guindos, hat kaum noch Chancen, im Herbst Nachfolger des Niederländers Jeroen Dijsselbloem zu werden. In vielen Hauptstädten verliert de Guindos an Rückhalt, weil er sich bei den Treffen der Eurominister als haushaltspolitische Hardliner positioniert hat. Vor allem sozialdemokratisch geführte Re-

gierungen wollen de Guindos verhindern, sie sehen zudem den parteipolitischen Proporz bei der Besetzung der wichtigsten europäischen Posten in Gefahr. Da demnächst auch der sozialdemokratische EU-Parlamentspräsident Martin Schulz turnusgemäß einem Konservativen Platz macht, wären dann – de Guindos eingeschlossen – vier von fünf Chefposten mit Politikern der Europäischen Volkspartei besetzt. Am wahrscheinlichsten sei daher, heißt es in Brüssel, dass Dijsselbloem als Chef der Euro-Gruppe eine zweite Amtszeit bekomme. csc